

Schöneberger Forum:	
Thematische Foren	2-3
Einführungsreferate	6
Wissenschaftlicher Round Table	6
Demo in Bremen	5
GdP: Aufstand der Ordnungshüter an	5

# INFORMATIONEN

## für Beamtinnen und Beamte

[www.beamten-informationen.de](http://www.beamten-informationen.de)

### Dienstrecht im Wettbewerb: DGB-Forum am Puls der Zeit Kaum aufzuhalten

Als wir uns vor knapp einem Jahr für "Dienstrecht im Wettbewerb" als Thema des 5. Schöneberger Forums 2002 entschieden, hatten wir einen guten Riecher. So aktuell wie nie waren Politik und Gewerkschaften, Verwaltung und Wissenschaft am gleichen Thema.

Eine Lehre müssen wir aus den zwei Tagen in Berlin ziehen. Der DGB und seine Gewerkschaften können den föderalen Wettbewerb im Dienstrecht wahrscheinlich nicht aufhalten. Deshalb müssen wir diese Entwicklung mitgestalten. Dienstherren sollen mit attraktiver Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen um die Beschäftigten konkurrieren – nicht die Menschen um immer weniger Jobs. Und wir müssen die Beschäftigten vor den negativen Folgen eines ruinösen Wettbewerbs schützen.

Das Forum hat aber auch gezeigt, dass der Berliner Weg, den Ländern einen Freibrief für Besoldungskürzungen auszustellen, in die Sackgasse führt. Es war beeindruckend, dass alle Referentinnen und Referenten – mit Ausnahme des Berliner Finanzsenators – die Bundesratsinitiative kritisiert haben. Doch darauf dürfen wir uns nicht ausruhen. Das Schöneberger Forum hat die Auseinandersetzung erst eröffnet.



Ingrid Sehrbrock

**i** Eine ausführliche Dokumentation des Schöneberger Forums erscheint in der Zeitschrift „Der Personalrat“ März/2003.

### Schöneberger DGB-Forum zum Dienstrecht im Wettbewerb

# Bei Öffnungsklauseln will sich die SPD nicht festlegen

**Mit dem Angebot der SPD, erneut über Beteiligungsrechte zu sprechen, ging das Schöneberger Forum zu Ende. 250 TeilnehmerInnen diskutierten am 26. und 27. November in Berlin über „Dienstrecht im Wettbewerb – Beamtinnen und Beamte zwischen Reform- und Kürzungspolitik“.**

Politik und Gewerkschaften könnten in einem Workshop über Beteiligungsrechte der Beamtinnen und Beamten reden, bot Dieter Wiefelspütz (SPD) bei der Abschlussdiskussion des Forums an. DGB-Vorstandsfrau Ingrid Sehrbrock hatte kritisiert, das Beteiligungsrecht sei nicht mehr zeitgemäß. Wiefelspütz gab jedoch ebenso wie Roland Gewalt (CDU/CSU) zu bedenken, dass die Beamtinnen und Beamten sich mit Verhandlungsrechten schlechter stellen könnten, als mit den „hergebrachten Grundsätzen“. Max Stadler (FDP) erinnerte ihn daran, dass er schon 1999 die Beteiligungs-

rechte hätte anpacken wollen. Die neue Innenpolitikerin der Grünen, Silke Stokar, regte zusätzlich einen Workshop über ein zeitgemäßes Verständnis von Treue- und Fürsorgepflicht an. Wiefelspütz bot weiter an: Die Angleichung der Ostgehälter bis 2007 müsse in einem Gesetz festgeschrieben werden.

Im Streit um die Berliner Bundesratsinitiative zu Öffnungsklauseln legte sich der SPD-Mann als einziger nicht fest. Seine Fraktion habe noch nicht über ihre Haltung gesprochen. Stokar geht allerdings nicht davon aus, dass der Bundestag einen von der Länderkammer absegneten Vorschlag ablehnen würde. Gewalt und Stadler erklärten für ihre Fraktionen, die Initiative nicht zu unterstützen. Gewalt unterstrich die Notwendigkeit einer Aufgabenkritik. Die einheitliche Besoldung aufzugeben, würde Stadler als Rückschritt werten. Es sei „Augenwischerei“, dass Bayern die Spielräume nutzen würde, um bei den Gehältern draufzulegen.



Drei Meinungen und ein Unentschieden: Dieter Wiefelspütz (l.) bezog keine eindeutige Position zur Initiative um Öffnungsklauseln. Roland Gewalt, Silke Stokar und Max Stadler wurden hingegen deutlich.

Fotos vom Schöneberger Forum: Aris (8)





Weit auseinanderliegende Positionen: Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin und ver.di-Vorstandsmitglied Christian Zahn

### Forum Alternative Konzepte der sozialen Sicherung

## Wechsel sinnlos

Stark steigende Versorgungsausgaben in den öffentlichen Haushalten machen Reformen in der Beamtenversorgung nötig, so die Ansicht von Dr. Karl Schackmann-Fallis, Staatssekretär im brandenburgischen Finanzministerium. Er plädierte beim Forum „Alternative Konzepte der sozialen Sicherung von Beamtinnen und Beamten“ für eine kapitalgedeckte Vorsorge und für Versorgungsfonds. Das Alimentationsprinzip solle reformiert, Besoldung und Versorgung an die Haushaltslage angepasst werden. Einen Systemwechsel von der Beihilfe zur gesetzlichen Krankenversicherung hielt Schackmann-Fallis finanziell nicht für sinnvoll. Auch Ilse Schaad von der GEW sieht darin finanziell eine Milchmädchenrechnung.

Ihre Kollegin Inge Uessler-Gothow betonte, dass schon die Versorgungsänderungen Anfang der 90-er Jahre drastische Einschnitte gebracht hätten mit um 20 Prozent geringeren Pensionen. Hier finde Kürzungs-, keine Haushaltspolitik statt. Für puren Populismus hielt sie die These, Einschnitte bei der Versorgung entlasteten die Haushalte.

Mehrere DiskussionsteilnehmerInnen betonten, die Suche nach alternativen Konzepten für die Altersvorsorge sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht allein die Beamtinnen und Beamten angehe. Eine soziale Grundsicherung müsse steuerfinanziert werden, forderte ein Diskutant. Der Lebensstandard könne mit privater Vorsorge höchstens ergänzt, aber nicht finanziert werden.

### Forum zur Föderalisierung der Besoldungsstruktur

## „Wo ist Ihre Vision?“

**Zum Streit über die Berliner Bundesratsinitiative für Öffnungsklauseln im Besoldungsrecht geriet das Forum „Föderalisierung der Besoldungsstruktur“ mit dem Finanzsenator der Hauptstadt, Thilo Sarrazin, und ver.di-Vorstandsmitglied Christian Zahn.**

„Wenn unsere Bundesratsinitiative durchkommt, haben wir etwas in der Republik verändert“, das weiß Thilo Sarrazin. Dennoch geht es Berlins Finanzsenator angeblich nur um die Haushaltsnotlage der Hauptstadt. Weil die Verwaltung für mit dem Westen vergleichbare Leistungen 30 bis 40 Prozent mehr Personal benötige, müssten die Landesbediensteten einen Sparbeitrag von 500 Millionen Euro pro Jahr bringen. Vorsorglich sei der Senat aus den Arbeitgeberverbänden der Angestellten und der ArbeiterInnen ausgetreten.

Diesen Schritt kommentierte Christian Zahn mit Herbert Wehners Bonmot: „Wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen!“ Der Gewerkschafter warf Sarrazin vor, den Flächentarifvertrag anzugreifen. Der Senat treibe die Leistungsträger in Berlins Verwaltung zum Bund und in andere Länder. Er

demotiviere die Beschäftigten. Überdies zerstörten einseitige Eingriffe die Ansätze für eine BAT-Reform. „Gute Reformen gibt es nur am Verhandlungstisch“, davon ist Zahn überzeugt.

Der Appell von Dr. Reinhard Timmer aus dem Bundesinnenministerium (BMI), die Verbindung „Öffnung heißt Kürzung“ zu trennen, kam zu spät. Timmer mutmaßte, dass nun nicht mehr vernünftig über Öffnungsklauseln gesprochen werden könne. Er warb dafür, den Tarifparteien bei der Differenzierung der Entgeltstrukturen den Vortritt zu lassen und dann zu prüfen, was ins Beamtenrecht übernommen werden könne.

Aus Berlin berichtete Uwe Januszewski, dass der Senat in den Solidarpakt-Gesprächen angekündigt habe, das Weihnachtsgeld für drei Jahre auszusetzen, inzwischen gehe Sarrazin von zehn Jahren aus. „Für viele ist damit das Weihnachtsgeld für immer weg“, resümierte der stellvertretende Vorsitzende des Berliner Hauptpersonalrats.

Mit Misstrauen paart sich Perspektivlosigkeit. „Wo ist Ihre Vision?“, fragte eine Teilnehmerin den Finanzsenator. „Sie fordern Opfer ein, ohne Perspektiven zu bieten“, klagte auch Christian Zahn. An der Pleite Berlins änderten diese Opfer nichts.

**Jetzt auch für Sie!**  
Private Vorsorge mit staatlicher Förderung.

**Nehmen Sie sich, was Ihnen zusteht. Jetzt!**  
Für meine Zukunft seh' ich blau.

Auch Ihnen stehen staatliche Fördergelder für die private Vorsorge zu. Wieviel – das sagt Ihnen Ihr BHW Berater. Oder die Förder-Hotline anrufen: 0180/22 44 412 (0,06 € pro Gespräch).

**BHW**  
Ihr FinanzPartner  
Haus · Geld · Vorsorge

www.bhw.de

## Forum zur Situation in privatisierten Unternehmen

# Ausnahmen lebensnotwendig

**Die Arbeitssituation der Beamtinnen und Beamten in privatisierten Unternehmen nähert sich der von Tarifbeschäftigten an. Das verdeutlichen Telekom-Personalvorstand Dr. Heinz Klinkhammer und Hugo Eube von der Deutschen Bahn AG im Forum zu diesem Thema.**

Abweichungen vom Dienstrecht für Beamtinnen und Beamte seien für Unternehmen im Wettbewerb lebensnotwendig, daran ließen Klinkhammer und Eube keinen Zweifel. Ziel bei der Telekom ist laut Klinkhammer, die Beschäftigungsgrundlagen von Beamtinnen, Beamten und ArbeitnehmerInnen zu harmonisieren. Möglichkeiten dazu biete ein neues Bewertungs- und Bezahlungssystem mit einem leistungsbezogenen Gehaltsanteil.

Eube sprach sich dafür aus, die Beamtenbesoldung beizubehalten. Nur rund 3.300 der 53.000 Beamtinnen und Beamten bei der Bahn seien beurlaubt, um Spezialisten- und Leitungspositionen wahrzunehmen. Eube will jedoch Öffnungsklauseln bei den Leistungszulagen. Damit meine er keine Einsparungen, versicherte er. Vielmehr schürten unterschiedliche Rege-

lungen bei Prämien und Zulagen Unfrieden zwischen beamteten und tarifgebundenen Beschäftigten.

Den Grund für Unzufriedenheit und schlechtes Betriebsklima sah der stellvertretende TRANSNET-Vorsitzende Günter Ostermann dagegen in der fortlaufenden Umstrukturierung der Bahn. In acht Jahren sei die Zahl der Beamtinnen und Beamten von 117.000 auf 53.000 gesunken. TRANSNET setze sich mit einer „Vertrauensoffensive“ für bessere Beschäftigungsbedingungen und gegen Öffnungsklauseln ein.

Angesichts weiteren Stellenabbaus forderte Klinkhammer die Beamtinnen und Beamten auf, sich umzuorientieren. In den kommenden Jahren müssten 15.000 von ihnen damit rechnen, dass ihre Tätigkeit wegfällt. „Der Staat hat sie als Beamte in Unternehmen geschickt. Er kann nicht einlösen, was er ihnen vor Jahren versprochen hatte“, sagte er. Und forderte eine Vorrangregelung sowie die Unterstützung des Bundes, um beamtete Beschäftigte außerhalb des Unternehmens vermitteln zu können. Sowohl die Telekom als auch die Bahn arbeiten mit internen Arbeitsvermittlungsgagenturen, um auch für Beamtinnen und Beamte neue Stellen zu finden.



Für Harmonisierung und „Öffnungsklauseln“: Hugo Eube, Deutsche Bahn, und Dr. Heinz Klinkhammer, Deutsche Telekom. Für ein besseres Bahn-Betriebsklima: Günter Ostermann von TRANSNET (v.r.).

## Forum Arbeitszeitmodelle im Vergleich

### Funktionszeiten

„Klassische Arbeitszeitmodelle reichen auch im öffentlichen Dienst nicht mehr aus, um die Anforderungen der Bürger zu bewältigen“, stellte der Bremer Innensenator Dr. Kuno Böse fest. Er erläuterte im Forum „Arbeitszeitmodelle im Vergleich“ das Modell der Funktionszeiten am Beispiel der Bremer Bürgerservicecenter. Sie sind in der Stadtverwaltung an Stelle der klassischen „Behördenschalter“ getreten. Die MitarbeiterInnen arbeiten länger, wenn sich die Arbeit staut. Wenn weniger anliegt, bleiben sie zu Hause. Die Arbeitszeit wird für jede Funktion einzeln und nicht mehr für das gesamte Amt festgelegt. „Dank des effizienten Personaleinsatzes lässt sich jede Menge Geld sparen“, bilanzierte Böse.

Ver.di-Bundesbeamtensekretär Klaus Weber befürwortet Funktionszeiten, wies allerdings darauf hin, dass sich das Bremer Beispiel nicht auf jede Stadt übertragen lasse. Auch andernorts seien Modelle, wie beispielsweise Arbeitszeitkonten, entwickelt worden. Das Bundesinnenministerium solle Empfehlungen herausgeben, wie Arbeitszeiten reformiert werden könnten. Weber forderte ein neues Leitbild der Arbeitszeitgestaltung, das Arbeitsplätze sichert und schafft. Grundlegend sei, dass Beschäftigte jederzeit ihre Überstunden abbauen können. Der Gewerkschafter wies darauf hin, dass auch flexibilisierte Arbeitszeiten reguliert werden müssen. Oft führe Flexibilisierung zu längeren Arbeitszeiten.

„Wenn mal was passiert, möchte ich Sicherheit haben.“

Wir sind der größte Versicherer des Öffentlichen Dienstes. Mehr Informationen über die günstigen Versicherungs- und Bausparangebote der HUK-COBURG erhalten Sie unter 0 95 61 / 96 51 51 oder per Internet unter [www.HUK.de](http://www.HUK.de).  
Unsere Vertrauensleute, Kundendienstbüros und Geschäftsstellen finden Sie im Telefonbuch unter „HUK-COBURG“.

**HUK-COBURG**  
Da bin ich mir sicher

**LANDESNACHRICHTEN**  
**Bayern**

## Giftliste

Als „Giftliste“ bezeichnen die Gewerkschaften die Pläne für Bayerns Haushalt 2003/2004. Das Kabinett setzt sich für eine Nullrunde im öffentlichen Dienst ein und handelte sich den Vorwurf des DGB-Vorsitzenden Fritz Schösser ein, die Tarifverhandlungen massiv unter Druck zu setzen. Diskutiert wurde auch, das Weihnachtsgeld weiter zu kürzen und ins Grundgehalt einzubauen.

Bei der Beihilfe soll der Selbstbehalt für stationäre Wahlleistungen ab Juli 2003 von 14,50 Euro auf 60 Euro pro Tag steigen. Die Antragsaltersgrenze soll von 63 auf 64 Jahre, die Altersgrenze für die Altersteilzeit von 58 auf 60 Jahre, bei Schwerbehinderten von 56 auf 58 Jahre erhöht werden. Die zwei Arbeitszeitverkürzungstage für Beamtinnen und Beamte sollen wegfallen, die Altersermäßigung für LehrerInnen um eine Stunde verkürzt, die Arbeitszeit an Real Schulen um eine Stunde erhöht werden.

„Damit erweisen sich alle Aussagen nach PISA über den Stellenwert von Bildung als leeres Gerede“, polterte GEW-Chef Schorsch Wiesmaier. Bayern habe die von Berlin forcierte Öffnungsklausel als Chance für Abweichungen nach oben gelobt. Der Haushalt weise in eine andere Richtung, hieß es bei der GdP.

**LANDESNACHRICHTEN**  
**Rheinland-Pfalz**

## Prioritäten

„Sparen mit Prioritäten“ will die Landesregierung von Rheinland-Pfalz mit ihren Haushaltsplänen für die kommenden Jahre. Folgende Prioritäten werden unter anderem gesetzt: Die Leistungszulagen und -prämien werden ausgesetzt, die Beförderungen auf 30 Prozent des bisherigen Durchschnitts beschränkt. Bei der Polizei soll der Anwärterzuschlag wegfallen und die Zahl der Neueinstellungen von 300 auf 200 pro Jahr sinken. Der Selbstbehalt bei der Beihilfe soll auf das Niveau von Nordrhein-Westfalen angehoben werden (Beamten-Info 15 und 17/2002).

Für besonderen Ärger sorgte die

Ankündigung, die Altersgrenze bei Polizei und Feuerwehr von derzeit 60 Jahren anzuheben. Geplant sind 62 Jahre für den mittleren, 63 für den gehobenen und 65 für den höheren Dienst. „Fahrlässig und unverantwortlich“, wettete DGB-Chef Dietmar Muscheid. Innenminister Zuber schränkte inzwischen ein, dass ausgenommen sei, wer 25 Jahre lang Wechselschichtdienst geleistet habe.

Eine positive Nachricht gab es lediglich für die Grundschulen. Angestellte LehrerInnen mit Dreiviertelstellen sollen in Vollzeit übernommen und verbeamtet werden.

## Besinnliche Tage

Trotz immer neuer Hiobsbotschaften über Kürzungen und Einsparungen in den öffentlichen Haushalten wünscht die Redaktion des DGB-Beamten-Infos allen Leserinnen und Lesern ein friedliches Weihnachtsfest und alles Gute im neuen Jahr. Die nächste Ausgabe erscheint am 15. Januar 2003.

**LANDESNACHRICHTEN**  
**Hamburg**

## Stammtischniveau

Wenig beeindruckt zeigte sich der DGB vom Sparappell des Hamburger Bürgermeisters Ole von Beust. „Verzicht ist das erste Gebot“, hatte der CDU-Politiker Ende November gefordert. Für den öffentlichen Dienst heiße das, den Personalbestand mit Lohn- und Besoldungszurückhaltung zu stützen oder untragbare Abschlüsse durch Personalabbau zu kompensieren.

„Stammtischniveau“ polterte Erhard Pumm, DGB-Chef der Hansestadt, und erinnerte an die unbezahlte Arbeitszeitverlängerung von eineinhalb Stunden pro Woche, die der Senat den Beamtinnen und Beamten dieses Jahr bereits zumutet.

Die Justizbehörde plant, die Leitung von drei Justizvollzugsanstalten zusammenzulegen. Der acht-Stunden-Dienst soll um vier Stunden verlängert, der tägliche Abschluss der Zellen verkürzt werden. Private Wachdienste könnten Außenanlagen und Türme übernehmen, der einfache Justizdienst, etwa für Gefangenentransporte, wieder eingeführt werden.

**LANDESNACHRICHTEN**  
**Schleswig-Holstein**

## Zwei Dementis

Heide Simonis hat dementiert, dass Berlin die Initiative für Öffnungsklauseln in der Besoldung mit Zustimmung des Landes Schleswig-Holstein gestartet hatte. Die Ministerpräsidentenkonferenz habe lediglich einen Prüfauftrag gegeben, sagte die Landeschefin in einem Gespräch mit dem DGB und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Ende November. Ein zweites Dementi betraf Entlassungen im Landesdienst. Dies habe sie nie gefordert, so Simonis, sondern sich lediglich für Änderungskündigungen bei Versetzungen ausgesprochen.

Eine Arbeitszeitverlängerung auf 42 Stunden wie in Berlin kommt für die Sozialdemokratin auch nicht in Frage.

Deutlich wurde in der Runde jedoch, dass die Länder den Rotstift weiter spitzen. Bei der Beihilfe möchte der Kieler Finanzminister Claus Möller eine alte Bundesratsinitiative wiederbeleben, um den privatärztlichen Abrechnungssatz auf 1,8 Prozent der Gebührenordnung Ärzte zu begrenzen und die gesetzliche Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte zu öffnen. Das Weihnachtsgeld könnte bei A11 gekappt und darüber hinaus auf 2.500 Euro gedeckelt werden.

## Hochgerechnet

Für eine Pflichtmitgliedschaft der Beamtinnen und Beamten, RichterInnen, Soldatinnen und Soldaten in der gesetzlichen Rentenversicherung käme auf den Bund ein Arbeitgeberbeitrag von rund einer Milliarde Euro jährlich zu. Länder und Gemeinden müssten mit sechs Milliarden rechnen. Die Arbeitgeberumlage für die Zusatzversorgung würde beim Bund mit rund 700 Millionen Euro zu Buche schlagen, bei Ländern und Gemeinden mit rund vier Milliarden pro Jahr. Dies geht aus der Antwort des Innenministeriums auf eine schriftliche Anfrage des innenpolitischen Sprechers von CDU/CSU im Bundestag, Hartmut Koschyk, hervor. Entlastungen bei der Versorgung würden sich erst „mit erheblichem zeitlichem Abstand“ bemerkbar machen.

## GdP mobilisiert gegen Sparpolitik und Arbeitsstress Polizei-Aufstand

Mit einem „Aufstand der Ordnungshüter“ will die GdP Anfang kommenden Jahres gegen Kürzungen und extreme Arbeitsbelastung bei der Polizei protestieren.

Polizistinnen und Polizisten werden die Prioritäten anders setzen, insbesondere bei Maßnahmen, „die sich finanziell niederschlagen“, kündigte Pressesprecher Rüdiger Holecek an. Statt Bußgelder zu verhängen, würden sie die Präventionsarbeit stärker gewichten. Personalräte sollen kritischer entscheiden, ob sie Überstunden noch genehmigen. Private Laptops und Handys wollen die Ordnungshüter nicht mehr für den Dienst gebrauchen.

„Udenkbar“ sei jedoch, dass die Polizei den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr zu Hilfe kommt. Allerdings: „Wenn die Bürger nur Vorteile von der Aktion hätten, würden sie keinen Druck auf den Gesetzgeber ausüben“, schränkt Holecek ein. Der Öffentlichkeit soll mit dem Aufstand bewusst werden, dass durch Personalkürzungen „schon längst nicht mehr“ das geleistet werden könne, wofür die BürgerInnen Steuern zahlen. Die Kolleginnen und Kollegen seien „einfach sauer“ und bereit, „bis zum Äußerten zu gehen“, berichtet Holecek.

„Wie Champignons tauchen jetzt die Kürzungspläne in den Ländern auf, sei es Beihilfe, Weihnachtsgeld oder längere Arbeitszeit“, kommentiert der Gewerkschafter die Diskussion um Öffnungsklauseln in der Beamtenbesoldung. Die GdP befürchtet, dass die Länder nach einem Bundesratsbeschluss über Öffnungsklauseln ihren Entscheidungsspielraum von zehn Prozent zu Ungunsten der Beamtinnen und Beamten nutzen werden.



„Unanständig und schamlos“ nannte GdP-Chef Konrad Freiberg das Ansinnen der Ministerpräsidenten, Öffnungsklauseln in der Besoldung zuzulassen. Die 7.500 TeilnehmerInnen der Kundgebung verliehen diesem Urteil lautstark Nachdruck.

Fotos: Kay Michalak (2)



## Kundgebung gegen Besoldungskürzung und Nullrunde

# Gute Arbeit, gute Bezahlung

**„Wer stellen uns quer. Für gute Bezahlung und einheitliche Besoldung“ sagten am 5. Dezember rund 7.500 Menschen in Bremen. Der DGB und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sandten mit der Demo klare Signale in Richtung Innenministerkonferenz.**

Den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei hatte der Zorn gepackt: „Wir haben die Schnauze voll. Wir halten für die Politik den Kopf hin und von hinten haut man uns die Füße weg“, wettete Konrad Freiberg bei der DGB-Kundgebung am 5. Dezember in Bremen. Das Plädoyer der meisten Länder für eine Nullrunde im öffentlichen Dienst, die Berliner Bundesratsinitiative für Öffnungsklauseln in der Besoldung, das hatte ausgereicht, um rund 7.500 Beschäftigte vor der Innenministerkonferenz aufmarschieren zu lassen. „Eine Nullrunde wird es mit uns nicht geben“, stellte ver.di-Chef Frank Bsirske erneut klar.

Dem Vorsitzenden der Innenministerkonferenz und Bremischen Innensenator Kuno Böse hatte eine Delegation am Vormittag die Gewerkschaftsforderungen per Resolution kund getan. Böse nahm's gelassen und verwies darauf, dass die CDU-Innenminister sich mehrheitlich gegen Öffnungsklauseln ausgesprochen hätten.

Frank Bsirske rief von der Kundgebungsbühne hinterher: „An die Adresse der

Arbeitgeber lautet unsere Botschaft: ‚Täuscht euch nicht. Wir sind kampfbereit.‘“ Bsirske sieht keinen Anlass, „einerseits die leeren Kassen zu beklagen, andererseits den Vermögenden das Geld in den Hintern zu schieben.“ „Wir müssen die Binnenkonjunktur ankurbeln“, mahnte er.

Ins gleiche Horn blies DGB-Vorstandsfrau Ingrid Sehrbrock: „Wenn es im nächsten Jahr kein Weihnachtsgeld- und kein Urlaubsgeld mehr gibt, kann man sich an fünf Fingern abzählen, was das für Einzelhandel und Tourismus bedeutet.“

GEW-Chefin Eva-Maria Stange beklagte, dass kaum jemand danach frage, „wozu wir überhaupt öffentliche Aufgaben in unserem Land benötigen“. Die Berliner Initiative zu Öffnungsklauseln hält sie für ein durchsichtiges Spiel. Zehn Prozent nach unten sollen möglich sein. Zehn Prozent beträgt der Einkommensabstand zwischen West und Ost. „Nicht der Osten soll an den Westen angeglichen werden, sondern umgekehrt“, mutmaßte Stange und folgerte „Arme Länder – armes Bildungssystem!“

„Wir werden unternehmen, was der demokratische Rechtsstaat uns bietet, um dieses unsoziale Ansinnen zu verhindern“, drohte GdP-Chef Freiberg. Um das zu unterstreichen wurde einigen Uniformträgern symbolisch das Streikrecht verliehen.

Die Resolution gibt es im Internet unter: [www.beamten-informationen.de](http://www.beamten-informationen.de)

## Zur Einführung ein Konflikt

### „Ich bin schuld“

**Ungeahnte Aktualität bescheinigte Innenstaatssekretär Fritz Rudolf Körper dem Thema „Dienstrecht im Wettbewerb“. Die Berliner Initiative war Thema seines Referats, wie auch bei Dr. Hans Peter Bull und dem GdP-Vorsitzenden Konrad Freiberg.**

„Ich bin schuld!“ bezichtigte sich ein Berliner Landesbeschäftigter vor dem Schöneberger Rathaus auf dem T-Shirt. Drinnen fragte Konrad Freiberg, wer das ganze Geld verbraten habe. Fritz Rudolf Körper gestand



„finanzpolitische Fehler der Vergangenheit“ und „späte Einsicht in haushaltspolitische Notwendigkeiten“ ein. Und musste Medienberichte dementieren. Nein, es sei nicht geplant das Weihnachtsgeld um 30 Prozent zu kürzen.

Nach den einführenden Referaten war

**IMPRESSUM**

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,  
Abt. Öffentlicher Dienst/Beamte,  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin  
Tel.: 030/2 40 60-2 52,  
Fax: 030/2 40 60-2 66  
beamten.info@bundesvorstand.dgb.de  
Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock; Redaktion: Medienbüro Dorothee Beck, Uwe Tillmann; Druck: toennes satz + druck gmbh, erkrath; Gestaltung: twmd GmbH

klar: Wissenschaft und Politik wollen die Besoldung flexibilisieren, die Gewerkschaften nicht. Körper ging es um mehr Spielraum für die Länder. Ein halbherziges „Nein“ zur Berliner Bundesratsinitiative schmückte er mit dem Hinweis, die Bundesregierung favorisiere nach wie vor die in der vergangenen Wahlperiode gescheiterten Bandbreiten bei der Eingangsbesoldung.

Der Verwaltungsrechtler Bull hatte auch die Statusgruppen im Visier. Nach seiner Andeutung, der öffentliche Dienst müsse deren Teilung



überwinden, darf man gespannt sein auf den für Januar angekündigten Bericht der NRW-Zukunftskommission, die er leitet.

Von „Kleinstaaterei“ und „Beamtenklau“ sprach hingegen GdP-Chef Freiberg. Besoldungsneid sei die Folge, warnte er, wenn bei länderübergreifenden Einsätzen, wie etwa dem Castor-Transport, der Polizist aus Niedersachsen nicht das gleiche verdiene wie seine Kollegin aus Bayern.



**i** Die Reden von Fritz Rudolf Körper und Konrad Freiberg stehen im Internet unter [www.beamten-informationen.de](http://www.beamten-informationen.de)

## Wissenschaft ist sich einig: Mehr Flexibilität tut Not

### „Das sorgt für Ärger“

**Der wissenschaftliche Round Table über Wettbewerb im Dienstrecht geriet zur Lehrstunde. Gemeinsam suchten die Professoren Dr. Ulrich Battis, Dr. Werner Jann und Dr. Hans-Peter von Stoephasius die Bedenken der GewerkschafterInnen auszuräumen.**

Im öffentlichen Dienst sei man nicht daran gewöhnt, dass gute Leute gehen,

sagte Jann. Für symptomatisch hält der Politikwissenschaftler den Satz „Reisende soll man nicht aufhalten“, mit dem er die „katastrophale Personalführung“ in der Verwaltung illustrierte. Jann übersetzte Flexibilität mit Mobilität, trat aber der Vorstellung entgegen, tausende Beamte in der Uckermark wanderten wegen zehn Prozent mehr Geld nach München ab. Behördenchefs könnten auch bei der Arbeitszeit, Fortbildung, beim Betriebsklima und dem

Personalmanagement konkurrieren.

Battis bemängelte, dass es „unter dem Deckmantel der Modernisierung“ an die Geldebörse der Betroffenen gehe. „Das sorgt für Ärger“, kritisierte der Verwaltungsrechtler. Die Politik missbrauche den Begriff der Modernisierung.

Beamtenrecht und Wettbewerb widersprechen sich, meinte der Dienstrechtler Stoephasius und empfahl, das Berufsbeamtentum bis auf Ausnahmen abzuschaffen. Leistungsbezahlung als Wettbewerbsselement betrachtete er weniger als eine Frage der richtigen Anreize, denn als ein Problem schlechter Personalführung.

Die Bedenken bündelte die DGB-Beamtenpolitikerin Ingrid Sehrbrock. Dem positiven Wettbewerbsbegriff der Wissenschaftler setzte sie den eines ruinösen Wettbewerbs entgegen, gegen den „Korsettstangen“ eingezogen werden müssten. Battis stimmte zu und plädierte für eine „vernünftigen Ordnungspolitik“, Jann wies diese Aufgabe den Gewerkschaften zu.



Geißelten die „katastrophale Personalführung“ und forderten die Gewerkschaften auf, die Flexibilisierung zu gestalten: die Professoren Dr. Werner Jann, Dr. Ulrich Battis und Dr. Hans-Peter von Stoephasius.